



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 31.03.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales vom 07.03.2016**

öffentlich

**4.1 Situation in Porz Finkenberg
3354/2015**

RM Joisten merkt an, dass die Mitteilung in der letzten AVR-Sitzung am 25.01.2016 zurückgestellt worden ist. Der Inhalt der Mitteilung irritiere ihn jedoch ein wenig, da sie ein positiveres Bild aufzeige als sich tatsächlich darstelle. Die Aspekte „Drogenhandel und -konsum“ würden ihm von integrationswilligen Personen immer wieder als besonderes Problem geschildert. Es gäbe einen florierenden Handel in einigen Häusern in Finkenberg. Insofern bitte er alle Beteiligten, auch die Verwaltung, entsprechend auf die Polizei einzuwirken, sodass sehr viel konsequenter und innerhalb dieser Häuser vorgegangen werde. Viele Mieterinnen und Mieter seien sehr bemüht, ein strukturiertes und sozial angepasstes Leben zu führen. Er ist der Meinung, dass aus städtischer Sicht durchaus noch Handlungsbedarf bestehe, auch über den Inhalt der Mitteilung hinaus, insbesondere im Rahmen der Wohnungsaufsicht. Daher wünsche er sich insbesondere von dem entsprechend zuständigen Amt für Wohnungswesen vor Ort mehr Unterstützung für die Mieterinnen und Mieter.

Herr Marx schließt sich den Ausführungen von RM Joisten an. Darüber hinaus spricht er das in der Mitteilung angesprochenen Thema „Müll- und Verwahrlosungsproblematik“ an und zeigt in diesem Zusammenhang Fotos von Finkenberg, auf welchen sich große Mengen von Müll neben den Mülleimern und -behältern befinden. Dieser Müll liege teilweise Wochen so vor Ort. Dies sei sowohl für die Mieterinnen und Mieter als auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer ein Ärgernis. Er könne daher nicht erkennen, dass sich an der Situation in Finkenberg nachhaltig etwas verbessert habe. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung daher noch entsprechend nacharbeiten. Des Weiteren nimmt er Stellung zu dem in der Mitteilung angesprochenen Thema „Gefährliche Hunde“. In Bezug auf die in der Mitteilung getroffenen Aussage, dass diesbezüglich nichts nennenswertes festgestellt werden konnte, möchte er von der Verwaltung wissen, wie dies ermittelt worden sei. Ebenso wie RM Joisten greift auch er das Thema „Drogenhandel und -konsum“ auf. Er betont, dass

diese Problematik nicht hinnehmbar sei, daher müsse in Kooperation mit der Polizei stärker dagegen vorgegangen werden. Zu dem in der Mitteilung angesprochenen Aspekt „Möglichkeiten der Mietkürzungen/ Mietminderungen“ stellt er fest, dass das neue Wohnungsaufsichtsgesetz der Verwaltung einige Handlungsmöglichkeiten biete, insbesondere bekomme die Verwaltung durch dieses Gesetz einen entsprechenden Ermittlungsauftrag, wenn ihr Hinweise bekannt werden, dass eine Verwahrlosung im Wohnraum auch auf dem Außengelände vorzufinden sei. In diesem Zusammenhang habe er in der Bezirksvertretung Porz eine Anfrage gestellt, inwieweit das neue Wohnungsaufsichtsgesetz greift. Aus der entsprechenden Antwort der Verwaltung aus April 2015 gehe hervor, dass diese noch keinen „Pack-an“ bzw. kein zusätzliches Personal hierfür zur Verfügung habe. Um eine befriedigende Situation sowohl für die Mieterinnen und Mieter als auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer zu gewährleisten, muss die Verwaltung auch hier noch entsprechend nachbessern. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob personelle Zusetzungen in diesem Bereich beabsichtigt seien. Des Weiteren fragt er, ob sich die Problematik „Überbelegung“ seit Einführung des neuen Meldegesetzes verbessert habe. Abschließend äußert er sich zu dem bereits in der letzten AVR-Sitzung angesprochenen Handlungskonzept, dessen Erstellung bereits im November 2014 von der Bezirksvertretung Porz beschlossen worden sei, aber bis heute nicht vorliege. Er bittet um Mitteilung, wann die Bezirksvertretung Porz bzw. der AVR hiermit rechnen kann.

RM Aymaz bittet darum, die vorliegende Mitteilung auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass die Stadtverwaltung um die angesprochene Problematik wisse. Zurzeit zähle Finkenberg selbstverständlich zu den sogenannten Sozialraumgebieten, wie der Mitteilung auch zu entnehmen ist. Die Stadtverwaltung stehe momentan in Diskussion mit dem Land, ob diese Maßnahmenprogramme in das Bewilligungsverfahren umgesetzt werden können. Es sei nun die Frage aufkommen, ob jeweils eigenständige Integrierte Handlungskonzepte vorgelegt werden müssen. Daher konnte das Verfahren bzw. die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium in Bezug auf die insgesamt 11 Sozialraumgebiete in Köln bisher noch nicht abgeschlossen werden. Zwar existiere das Konzept, jedoch ist es solange noch nicht von Nutzen, bis es die entsprechende Bewilligungsbehörde für bewilligungsfähig erklärt. Gleiches gelte auch für das Gebiet Porz-Ost (bestehend aus Gremberghoven und Eil). In Bezug auf die zuvor aufgeworfenen Fragen der Vorredner schlägt Herr Stadtdirektor Kahlen einen gesonderten Vor-Ort-Termin mit den Beteiligten vor. Er teilt mit, dass sich die Situation insgesamt zumindest aus Sicht der AWB bereits verbessert habe. Der Aspekt der Kriminalität in Finkenberg müsse in Relation zu anderen Stadtbezirken bzw. -teilen, beispielsweise Kalk oder Mülheim, betrachtet werden. Diese seien ebenfalls Handlungsschwerpunkt. Die Fragen in Bezug auf Mietkürzungen/ Mietminderungen bzw. das neue Meldegesetz werden an das entsprechend zuständige Dezernat V bzw. an das Amt für Wohnungswesen weitergegeben.

Herr Rummel äußert sich zum Aspekt „gefährliche Hunde“. Er teilt mit, dass im Rahmen der Kontrollen keine Auffälligkeiten festgestellt werden konnten. Betrachtet man den Durchschnitt der gesamten Stadt, schlägt dieser in Finkenberg weder nach oben noch nach unten aus. Dort liege eine unauffällige Beschwerdelage und -feststellung vor. Nichts desto trotz müsse dieser Beschwerdelage nachgegangen werden, wenn auch diese sich möglicherweise subjektiv darstellt.

RM Joisten bedankt sich für die Ausführungen seitens der Verwaltung und äußert Zustimmung zu dem vom Stadtdirektor vorgeschlagenen Vor-Ort-Termin. Auch er ist der Auffassung, dass sich die Situation aus Sicht der AWB bereits verbessert habe.

Aus seiner Sicht sind die privaten Flächen das Hauptproblem, weshalb er vorschlägt, die Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer ebenfalls zu dem Vor-Ort-Termin einzuladen.

Unter Hinweis auf die Fotodokumentation von November 2015 und Januar 2016, auf welchen große Mengen von Müll neben den Mülleimern und -behältern abgelichtet sind, äußert Herr Marx, dass er den Vorschlag zu einem Vor-Ort-Termin gerne annimmt.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet Herrn Marx um Zusendung der gezeigten Fotos.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.